

„Antigenderistische“ Angriffe – wie entgegnen?

Zusammenfassung

Bekanntlich ist die Geschlechterforschung seit einigen Jahren heftiger und recht polemischer Kritik, vor allem von rechtspopulistischer Seite, ausgesetzt. Hierzu wurden vonseiten der Geschlechterforschung zahlreiche Analysen und Entgegnungen formuliert. In unserem Beitrag untersuchen wir, wie in diesen argumentiert wird. Zweifellos gilt es, sich zu verteidigen. Doch scheint uns, dass die Entgegnungen oft in einer defensiven Argumentationsweise verbleiben und die kontroversen Punkte eher angedeutet statt weiter ausgeführt werden. Demgegenüber versuchen wir, die zentralen Differenzen in dieser Auseinandersetzung stärker zu pointieren in der Hoffnung, die Debatte dadurch offensiver führen zu können. Abschließend fragen wir, wie vor diesem Hintergrund eine produktive Positionierung der Geschlechterforschung in diesen Auseinandersetzungen aussehen könnte.

Schlüsselwörter

Antigenderismus, Rechtspopulismus, Selbstreflexion, Selbstkritik, Geschlechterforschung, Debattenkultur

Summary

‘Anti-genderist’ attacks – how to respond?

It is well known that gender studies has been subject to fierce and quite polemic criticism for several years, especially from right-wing populists. Gender researchers have formulated numerous analyses and responses to this criticism. In this article we investigate the arguments that are used. It is undoubtedly important to defend oneself. But it seems to us that the responses often remain in a defensive line of argument and that the controversial points at issue are rather hinted at than elaborated. By contrast, we attempt to highlight central differences in this debate and hope to be able to lead a more vigorous debate as a result. Finally, against this background we look at how gender studies could productively position itself.

Keywords

anti-genderism, right-wing populism, self-reflection, self-critique, gender studies, culture of debate

1 Einleitung

Geschlechterforschung und Feminismus sind seit einigen Jahren nicht nur zunehmender Kritik, sondern auch ausgesprochen polemischen Angriffen ausgesetzt. So fordert die Alternative für Deutschland (AfD) die Streichung der staatlichen Förderung der „sogenannten Genderwissenschaft“, die Abschaffung von Gender Mainstreaming und das Ende von „Diversity-Bestrebungen“ (Alternative für Deutschland 2019: 73ff.). Zudem wird die Wissenschaftlichkeit der Geschlechterforschung grundlegend infrage gestellt. In der Schweiz geht diese Polemik insbesondere von Medien wie der NZZ, der BaZ und der Weltwoche sowie von Teilen der SVP (Junge SVP Aargau 2019) und religiösen Akteur*innen aus (zur Schweiz s. Maihofer/Schutzbach 2015).

Diese Angriffe wurden in der Geschlechterforschung bereits ausführlich kritisch analysiert. Auch wurden vielfältige Gegenargumente entwickelt sowie die Wissenschaftlichkeit und Bedeutsamkeit der Geschlechterforschung aufgezeigt, so im Projekt

der seit 2017 jährlich stattfindenden Aktion #4genderstudies (Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien 2018; Hark/Villa 2015a).

Uns geht es im Folgenden nicht darum, den vielen bereits geleisteten Entgegnungen eine weitere hinzuzufügen, sondern genauer zu schauen, wie bislang vonseiten der Geschlechterforschung auf die Angriffe reagiert wurde, und auf dieser Basis nochmals darüber nachzudenken, wie eine produktive emanzipatorische Positionierung der Geschlechterforschung innerhalb dieser herausfordernden Auseinandersetzungen aussehen könnte.

Die Grundsätzlichkeit und der Dogmatismus der Kritik von rechts, ihre aggressive Polemik sowie die Deklarierung unliebsamer Argumente als Ideologie machen das Agieren für die Geschlechterforschung ausgesprochen schwierig. Die ‚antigenderistischen‘ Angriffe sind häufig bewusst verletzend und drängen ‚uns‘, die Angegriffenen, fast unweigerlich in eine defensiv verteidigende Position. Dabei bleibt oft die aktive Rolle der Geschlechterforschung unberücksichtigt: dass sie selbst als Akteur*in in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen und an den emanzipatorischen gesellschaftlichen Entwicklungen beteiligt ist, auf die ‚antigenderistische‘ Angriffe reagieren (Schutzbach 2020). Denn mit ihren Analysen der sich vollziehenden Pluralisierung familialer, geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen erweitert die Geschlechterforschung durch das Aufzeigen der Historizität und Gesellschaftlichkeit des Bestehenden nicht nur die Denkräume der Lebbareren, sondern trägt auch zu deren Normalisierung bei. Auch wenn die heteropatriarchale Geschlechterordnung und die männliche Suprematie nach wie vor nicht überwunden sind, haben sie doch an Selbstverständlichkeit eingebüßt. Dass konservative bis rechtsextreme Kräfte entschieden gegen diese Entwicklungen sind, ist daher wenig verwunderlich, ebenso wenig die Polemik der Kritik, die ganz offensichtlich nicht auf Dialog zielt.

Der Versuch, diese Kritik genauer zu verstehen, bedeutet nicht, deren Sicht zu akzeptieren. Er schärft jedoch den Blick auf die sich gesellschaftlich gegenwärtig zuspitzende „Vielfachkrise“ (Demirović/Maihofer 2013), in der krisenhafte Entwicklungen bezogen auf Ökonomie, Demokratie, Ökologie und Geschlechterverhältnisse komplex ineinander verschränkt sind. Manche erleben die darin stattfindenden emanzipatorischen Veränderungen der Geschlechterverhältnisse als befreiend, andere hingegen als Verunsicherung oder gar Bedrohung, halten umso vehementer an traditionellen Werten fest und setzen ihre Hoffnungen in autoritäre Strukturen. Insgesamt führt dies zu sich stetig vertiefenden sozialen Verwerfungen und zunehmend polarisierten Auseinandersetzungen über die Entwicklungen.

Ziel unseres Beitrags ist *zum einen*, genauer zu schauen, inwiefern die Entgegnungen vonseiten der Geschlechterforschung bislang – so unser Eindruck – oft in einer defensiv selbstvergewissernden Argumentationsweise verbleiben. Zweifellos ist es notwendig, sich zu verteidigen. Doch scheint uns diese Argumentationsweise oft dazu zu führen, dass die kontroversen Punkte, um die es in dieser Auseinandersetzung geht (z. B. um den Wandel von Lebensweisen, um Wissenschaft und Ideologie, um Meinungsfreiheit, Diskriminierungsschutz und das Verständnis von Demokratie), nur angedeutet statt weiter ausgeführt werden. Demgegenüber versuchen wir *zum anderen*, die zentralen Differenzen in diesen Auseinandersetzungen stärker zu pointieren. Dies in der Hoffnung, den gesellschaftlichen Konflikt und seine zentralen Inhalte insgesamt präziser

einordnen und damit die Kontroverse über diese Themen offensiver führen zu können. Abschließend fragen wir danach, wie die Positionierung der Geschlechterforschung innerhalb dieser Auseinandersetzungen dezidiert und zugleich produktiver für einen Dialog sein könnte.

Ausgangspunkt sind für uns Überlegungen von Judith Butler, wonach eine wichtige Aufgabe feministischer Theorie darin besteht, gerade „dort zu reagieren, wo Feminismus angefochten wird“ (Butler 2009: 286). Dabei soll ihr zufolge die

„Reaktion auf solche Angriffe [...] aber nicht eine defensive Bekräftigung von Begriffen und Engagement bedeuten, keine gegenseitige Erinnerung an das, was wir bereits wissen, sondern etwas ganz anderes, so etwas wie ein Nachgeben gegenüber dem Verlangen nach einer Neuformulierung, einem Verlangen, das aus der Krise hervorgeht“ (Butler 2009: 286).

Danach gilt es, bezogen auf die gegenwärtige Situation, auf die Angriffe weniger mit Selbstvergewisserung und „defensiver Bekräftigung“ der eigenen Positionen zu reagieren. Vielmehr gilt es, sie als produktive „Krise“ zu verstehen und zum Anlass zu nehmen, die eigenen Erkenntnisse durch eine Selbstkritik hindurch weiter zu präzisieren und möglicherweise angesichts der historischen Situation neue Begrifflichkeiten zu entwickeln. Zudem könnte dies für eine weitere Klärung der eigenen Zielsetzungen in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – auch untereinander – genutzt werden.

Dabei geht es um zweierlei: Mit Adorno schlagen wir *einerseits* vor, dezidiert an den eigenen normativen Überzeugungen festzuhalten. Denn zu einer „reflektierten Humanität“ gehört, „dass man sich nicht abbringen lässt, ein Moment von Unbeirrbarkeit, von Festhalten an dem, was man nun einmal glaubt, erfahren zu haben“ (Adorno 1996 [1963]: 251) und entsprechend unbeirrt für das eigene emanzipatorische Projekt einzutreten. Angesichts der Vehemenz und Vielschichtigkeit der ‚antigenderistischen‘ Angriffe ist das für sich genommen schon eine eigene Herausforderung. *Andererseits* gehört jedoch auch ‚jenes Moment, nicht nur der Selbstkritik‘ dazu, sondern auch ‚der Kritik an jenem Starren und Unerbittlichen‘ (Adorno 1996 [1963]: 251), jenem selbstaffirmierenden Gestus, der sich blind als überlegen setzt. Vielmehr gilt es, im „Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit“ (Adorno 1996 [1963]: 251), nicht nur den eigenen argumentativen Gestus kritisch in den Blick zu nehmen, sondern auch die Herrschaftsförmigkeit des eigenen Projekts und das darin liegende eigene Streben nach gesellschaftlicher Hegemonie. Schließlich ist auch ein emanzipatorisches Projekt, welches auf Überwindung von Herrschaft zielt, herrschaftsförmig in dem Sinne, dass eine hegemoniale Verallgemeinerung von Werten, Zielen und Perspektiven erreicht werden soll. Diese Dynamik gilt es wahrzunehmen und damit die Verantwortung für die eigenen emanzipatorischen Forderungen in der aktuellen Auseinandersetzung präsent zu halten. Entsprechend ist für Adorno die zentrale Frage, ob man

„sich selbst und die Gruppe, zu der man gehört, als Positives setzt und das, was anders ist, negiert –, oder ob man stattdessen in der Reflexion auf die eigene Bedingtheit lernt, auch dem sein Recht zu geben, was anders ist, und zu fühlen, dass das wahre Unrecht eigentlich immer genau an der Stelle sitzt, an der man sich selber blind ins Rechte und das andere ins Unrechte setzt. Dieses Nicht-sich-selber-Setzen [...] das scheint mir eigentlich das Zentrale, was heute überhaupt von dem einzelnen Menschen zu verlangen ist“ (Adorno 1996 [1963]: 251).

Mit diesem Anspruch versuchen wir im Folgenden die Angriffe als Ausdruck eines grundlegenden Konfliktes darüber zu nehmen, welches Leben gelebt werden darf und welches nicht. Die diesem Konflikt zugrunde liegenden Differenzen gilt es nicht einfach zu ‚negieren‘, also zurückzuweisen, sondern (erst mal) anzuerkennen, ohne dabei die eigenen emanzipatorischen Ziele zu relativieren, vielmehr zu schärfen.

2 Zum Gestus der Entgegnungen

Wie angesprochen zeigt sich unserer Ansicht nach in den Entgegnungen auf ‚antigenderistische‘ Angriffe seitens der Geschlechterforschung oft eine defensive Bekräftigung der eigenen Position. Zwar wird betont, dass es sich um grundsätzliche gesellschaftliche Konflikte handelt, diese werden jedoch kaum genauer ausgeführt und diskutiert. Stattdessen werden die Angriffe häufig mit dem Argument zurückgewiesen, sie missverstünden die Anliegen der Geschlechterforschung oder stellten ihre Einsichten falsch bzw. verzerrt dar.

So betont Ilse Lenz, „dass die antifeministischen Vorwürfe an ihr [der Geschlechterforschung] vorbeigehen“ (Lenz 2018), und antwortet mit einer detaillierten Darstellung von Erkenntnissen der Geschlechterforschung. Zudem zeigt sie auf, dass die ‚antigenderistischen‘ Kritiker*innen sich nicht auf konkrete Forschungsergebnisse beziehen und daher selbst ideologisch seien. Ähnlich argumentiert Butler, wenn sie in einer ideologiekritischen Bewegung die Kritik an der Geschlechterforschung als „phantom“ und „fiction“ bezeichnet und sich um eine Richtigstellung bemüht (Butler 2017). Sabine Hark und Paula-Irene Villa verweisen dagegen zwar auf den „richtige[n]‘ Kern [...] in den Angriffen auf die Gender Studies“: Die Kritiker*innen hätten verstanden, „was der *gender turn* impliziert, nämlich in der Tat ein post-naturalistisches beziehungsweise post-essentialistisches Verständnis von Geschlecht“ (Hark/Villa 2015b: 18f.). Deshalb sei klar, dass „Gender verstört und irritiert“ (Hark/Villa 2015b: 32). Dennoch neigen auch sie dazu, die Angriffe nicht wirklich ernst zu nehmen, wenn sie von „absichtsvollen Verkehren“ sprechen, die „bewusst irreführend“ (Hark/Villa 2015b: 18f.) seien. Zweifellos verzerren ‚antigenderistische‘ Angriffe Erkenntnisse der Geschlechterforschung. Dies ist aber nur zum Teil der Fall. Denn: Verkehren ‚Antigenderist*innen‘ wirklich „die Bedeutung von ‚Genderismus‘ in sein Gegenteil“ (Hark/Villa 2015b: 17), wenn sie seine Einsicht in die historische und gesellschaftliche Bedingtheit von Geschlecht zurückweisen? Geht es nicht vielmehr um grundlegend verschiedene – einerseits eine kritisch dekonstruktivistische und andererseits eine naturalistisch-essentialistische – Perspektiven auf Gesellschaft? Auf diesen grundlegenden Dissens müsste genauer eingegangen werden, statt die Perspektive der Angreifer*innen gleich zurückzuweisen.

Eine eher selbstvergewissernde Argumentationsweise zeigt sich auch, wenn Lenz vor allem auf den Vorwurf fokussiert, die Geschlechterforschung „verweigere sich der natürlichen oder biologischen Wahrheit, dass es nur zwei Geschlechter gibt“, und betont, wie sehr das „Verhältnis von ‚Biologie‘ und ‚Kultur‘, von biologischer Körperlichkeit und ihrer Wahrnehmung und sprachlich-kulturellen Verarbeitung [...] heute eine Schlüsselfrage für die Geschlechterforschung“ (Lenz 2018: o. S.) ist. Ähnlich fragt Butler angesichts der Kritik:

„Did it [ihr Buch *Gender Trouble*] deny the existence of a natural difference between the sexes? It certainly never did, though it underscores that there were differing scientific paradigms for determining the differences between the sexes, and that some bodies have mixed attributes that make them difficult to classify“ (Butler 2017: o. S.).

Auch Villa und Hark betonen, dass in der Geschlechterforschung sehr wohl von der Existenz natürlicher, biologischer Unterschiede ausgegangen wird (Hark/Villa 2015b: 16). Im Anschluss an Simone de Beauvoir verweisen sie jedoch darauf, dass die Bedeutung und Wertung, die sie in einer Geschlechterordnung erhalten, historisch und gesellschaftlich kulturell bedingt sind. Nicht thematisiert wird, dass genau diese Auffassung mit dem heftig kritisierten Begriff ‚Gender‘ gefasst wird und von ‚antigenderistischen‘ Kritiker*innen gerade als Zurückweisung natürlicher Geschlechterdifferenzen verstanden wird. Kurzum: Viele Erkenntnisse der Geschlechterforschung stellen die Vorstellungen ‚antigenderistischer‘ Akteur*innen von der Gestaltung der Gesellschafts- und Geschlechterordnung in der Tat grundsätzlich infrage. Vor allem entziehen sie ihnen die „Legitimation in der Natur“ (Maihofer/Schutzbach 2015: 206).

Und nicht zuletzt bleibt eine Reflexion darauf aus, wie die Geschlechterforschung mit ihren Thesen und Begrifflichkeiten die ‚antigenderistische‘ Kritik selbst auslöst. Vielmehr verneint Butler einen Konflikt ‚unsererseits‘ z. B. gegenüber der katholischen Kirche, indem sie betont: „Die Unterstellung, die Gender Studies würden mit ihrem Sozialkonstruktivismus willentlich gottgegebene Realität zerstören“, sei

„diffamierend und missdeutet das Feld der Gender Studies auf schwerwiegende Weise. Bei einer sorgfältigen Auseinandersetzung mit Gendertheorie wird schnell klar, dass diese weder destruktiv noch indoktrinierend ist. Vielmehr engagieren sich ihre Vertreter*innen für eine gerechtere, lebenswertere Welt und politische Freiheit“ (Butler 2019: o. S.).

Doch aus der Sicht einiger katholischer Akteur*innen ist es „destruktiv“, wenn die Geschlechterforschung die Natürlichkeit oder Gottgegebenheit der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit und überhaupt der bestehenden heteropatriarchalen Geschlechterordnung bestreitet. Sie verstehen dies gerade nicht als Schritt hin zu einer ‚gerechteren‘ und ‚lebenswerteren‘ Welt. Im Gegenteil, statt als ein Mehr an Freiheit verstehen sie es als ‚Umerziehung‘, wodurch die Welt aus ihrer Sicht nicht ‚lebenswerter‘, sondern ihnen fremder wird.

Anstatt anzuerkennen, wo die Angriffe inhaltlich zutreffen, neigen manche Geschlechterforscher*innen dazu, die Bedeutsamkeit des Dissens zu relativieren bzw. ihn nicht genauer zu benennen, statt dezidiert auf dem substantiellen Konflikt in den derzeit stattfindenden Auseinandersetzungen um die künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen zu insistieren. Doch die durchaus aktive Rolle der Geschlechterforschung in diesem Konflikt zu sehen – dass wir zwar Angegriffene, aber auch Akteur*innen in dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind –, wäre ein wichtiger Schritt aus der defensiven Position heraus.

Diese Einsicht wäre noch in einer weiteren Hinsicht bedeutsam. Die ‚antigenderistischen‘ Angriffe richten sich häufig gegen die sogenannte kulturelle und intellektuelle Elite, welche angeblich auf die Befürworter*innen rechter Diskurse herabschaut (kritisch Midgette 2016). Den Kritiker*innen der Geschlechterforschung mit dem Argument zu entgegnen, sie würden einen nicht richtig verstehen, und zugleich auf der

Wissenschaftlichkeit der eigenen Position zu insistieren und den ‚Anderen‘ dies indirekt abzuspochen, verstärkt diese Vorurteile. Zudem entsteht auf diese Weise kaum eine produktive kritische Auseinandersetzung. Eher werden sich die Gegensätze verhärten und die gesellschaftlichen Spaltungen vertiefen.

3 Einige zentrale Inhalte der Auseinandersetzungen

Statt sich der *konkreten* Auseinandersetzung zu entziehen, plädieren wir dafür, offensiv die inhaltlichen Differenzen und ihre kontroverse Brisanz zu pointieren. Dazu ist es notwendig, die Inhalte dieser Kontroverse noch etwas genauer herauszuarbeiten. Im Folgenden werden wir daher auf vier zentrale Aspekte dieser Auseinandersetzung detaillierter eingehen.

3.1 Auseinandersetzung um die Pluralisierung familialer, geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen

Ein zentraler Dissens in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen betrifft die Ablehnung bzw. Befürwortung des sich vollziehenden Wandels in den familialen, geschlechtlichen und sexuellen Lebensweisen. Wenn der Geschlechterforschung vorgeworfen wird, „sich der natürlichen oder biologischen Wahrheit, dass es nur zwei Geschlechter gibt“ zu verweigern, „Homosexualität und Perversion“ zu fördern und „über 86 Geschlechter, Unisex-Toiletten oder das Sternchen*“ zu fantasieren (s. Aufzählung bei Lenz 2018), geht es den Kritiker*innen dieses Wandels vor allem um den Erhalt der bürgerlichen heteropatriarchalen Zweigeschlechterordnung sowie der mit ihr einhergehenden bürgerlichen Kleinfamilie und ihrer traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung. Diese sollen durch die Behauptung ihrer Natürlichkeit und Gottgegebenheit legitimiert werden (Somm 2014; kritisch Bauer/Quinn/Hotz-Davies 2018). Die gegenwärtige Pluralisierung geschlechtlicher und sexueller Existenzweisen ist daher aus dieser Sicht wider die Natur.

Sicherlich geht es Kritiker*innen der Geschlechterforschung nicht darum, genauer zu verstehen, wie das ‚biologische Geschlecht‘ in der Geschlechterforschung begriffen wird. So werden weder die vielen Versuche, den konstitutiven Zusammenhang von biologischem (sex) und sozialem Geschlecht (gender) aufzuzeigen (Butler 2019; Hark/Villa 2015b; Lenz 2018), genauer zur Kenntnis genommen, noch die seit Langem intensive Beschäftigung in der Geschlechterforschung mit Naturwissenschaften (Ebeling/Schmitz 2006). Entsprechend wird sie auch nicht mit (natur)wissenschaftlichen Gegenargumenten kritisiert, sondern mit einem eher philosophischen oder theologischen Verständnis von Natur. So z. B., wenn der ehemalige Bischof von Chur, Vitus Huonder, in einer Rede feststellt, dass die „Geringachtung der Frau [...] nicht durch das Verwischen der natürlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau überwunden werden (kann), auch nicht durch ein Streben der Frau nach Gleichheit mit dem Mann“, sondern nur, indem die Frauen „in ihrer lebenserhaltenden Aufgabe der Mutterschaft von der Gesellschaft geachtet werden“ (Huonder 2013: 7). Der Genderismus leugnet ihm zufolge die Vorgabe der Natur bzw. der Schöpfungsordnung, wonach der Mensch ausschließlich

als Mann oder Frau existiert, obwohl die „naturwissenschaftlichen Erkenntnisse [uns] sagen: Jede seiner Körperzellen ist entweder männlich oder weiblich [...]. Der Genderismus ist wissenschaftlich unhaltbar“ (Huonder 2013: 6).

In dieser Ineinssetzung von Natur und göttlicher Schöpfungsordnung geht es nicht um (natur)wissenschaftliche Erkenntnisse oder Fakten, vielmehr um die Frage, welche gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensweisen ‚akzeptabel‘ sind, also ob vielfältige familiäre, sexuelle und geschlechtliche Existenzweisen als gleichwertig anerkannt werden oder lediglich eine christliche bzw. bürgerlich-heteropatriarchale Geschlechterordnung für legitim gehalten wird. Beansprucht wird „eine Definitionsmacht darüber, welches Leben gelebt werden darf und welches nicht“ (Maihofer/Schutzbach 2015: 214).

So bedeuten die Einführung von Geschlechterwissen an Schulen, Sexualaufklärung in Kindergärten, die Institutionalisierung von Frauenhäusern, Gleichstellungsbüros und Geschlechterforschung an Hochschulen sowie die Pluralisierung familialer Lebensformen ja in der Tat eine grundlegende Kritik an den bislang vorherrschenden bürgerlichen Familien- und Geschlechternormen; mehr noch, sie sind inzwischen für viele auch alltagspraktisch überholt. Die Behauptung, die Geschlechterforschung ziele auf eine Umerziehung der Menschen (Meyer 2017), wenn z. B. die Sexualaufklärung in der Schule inzwischen vermehrt versucht, die Akzeptanz der gelebten Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen zu fördern, verweist zudem auf einen Selbstwiderspruch: Entweder sind Sexualität und Geschlecht natürlicherweise binärheteropatriarchal, dann lässt sich das schwerlich durch Erziehung einfach verändern – oder sie sind es nicht. Dann ist eine solche Erziehung nicht wider die Natur oder die göttliche Ordnung, vielmehr eine gesellschaftspolitische Entscheidung. Allerdings trifft es durchaus zu, dass vonseiten der Geschlechterforschung eine Erziehung unterstützt wird, die eine Vervielfältigung der Möglichkeiten, wie sich Kinder (geschlechtlich und sexuell) entwickeln können, anstrebt. Dies ist jedoch keine Umerziehung von einem ‚natürlichen‘ zu einem ‚perversen‘ Zustand, sondern ausgehend von der Individualität der Kinder wird ein breiteres Spektrum an möglichen Lebensweisen eröffnet, als das bislang der Fall ist. Zudem ist es das Ziel, die Diskriminierung von homosexuellen oder trans Kindern sowie von Kindern mit gleichgeschlechtlichen oder trans Eltern zu verhindern.

Es geht folglich in der Tat darum, Kinder anders als bisher zu erziehen. Daher wird die Geschlechterforschung nicht einfach missverstanden. Für manche sind die bürgerlich heteropatriarchale Kleinfamilie mit ihrer traditionellen familialen Arbeitsteilung und heterosexuelle Geschlechterdifferenzen gott- und naturgegebene Realitäten. Es besteht also ein grundlegender Dissens über die künftige gesellschaftliche Entwicklung, den es wechselseitig ernst zu nehmen und über den es sich gesellschaftlich auseinanderzusetzen gilt: Es geht um einen Konflikt zwischen dem Erhalt der bürgerlich heteronormativen Lebensweise durch Ausschluss und Diskriminierung anderer Lebensweisen einerseits und der emanzipatorischen Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung von familialen, geschlechtlichen und sexuellen Lebensweisen andererseits.

Dabei ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen: In einer Welt(sicht), in der sich Menschen nur als gleichberechtigt anerkennen können, wenn sie sich als Gleiche er- und anerkennen, wird die Forderung nach Nichtdiskriminierung differenter Lebensweisen als Relativierung und Infragestellung der eigenen Lebensweise erfahren. Und die Pluralisierung von Lebensweisen wird als Bedrohung und gesellschaftliche Entfremdung

erlebt und nicht als Befreiung und Ermächtigung. Im Gegenteil, sie wird als Zwang und Diskriminierung der eigenen Lebensweise empfunden.

Der grundlegende Dissens, der sich hier zeigt, ist genau besehen ein antagonistischer Widerspruch, den – wie so viele Konflikte derzeit – zu lösen kaum möglich ist. Hierfür gilt es, neue Formen der Aushandlung zu finden. Allemal bedarf es einer Form der Auseinandersetzung, die den Konflikt auch als einen solch antagonistischen begreift und das Problem zu lösen versucht, dass die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung selbst wiederum gegenüber ihren Gegner*innen Herrschaft und Zwang bedeutet. Sonst besteht die Gefahr, dass die gegenwärtig zu beobachtende gesellschaftliche Polarisierung und Spaltung stetig zunehmen und die Attraktivität autoritärer Lösungen steigt.

3.2 Auseinandersetzung um Wissenschaft und Ideologie

Geschlechterforschung sei „Ideologie statt Wissenschaft“ (Schmid 2017: o.S.) ist ein weiterer häufiger Vorwurf. Wissenschaft sei überprüfbar und faktenbasiert (Ulfig/Schulze-Eisentraut 2019: 2), wobei von bestehenden Verhältnissen als unveränderbaren ‚Fakten‘ ausgegangen wird. Ideologisch hingegen sei, wenn nicht „zwischen Realität und Fiktion“ unterschieden werde, Ergebnisse der Geschlechterforschung nicht „(natur-)wissenschaftlich nachgewiesen“ werden können und sie die „menschliche Natur“ nicht anerkenne, sondern die Realität als „manipulierbar“ darstelle und ihre „eigene Wirklichkeit“ erschaffe (Lusser und Walker, zit. n. Maihofer/Schutzbach 2015: 209f.).

Vorgeworfen wird der Geschlechterforschung also – ähnlich wie anderen Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften –, „dass sie sich nicht an den Naturwissenschaften als Maßstab für ihre Wissenschaftlichkeit orientiert, vielmehr auf der Historizität und Gesellschaftlichkeit von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen insistiert“ und zudem nicht nur darauf zielt, „die Entstehung und Reproduktion der Geschlechterverhältnisse kritisch zu beleuchten, sondern auch Wege zu ihrer Veränderung aufzuzeigen“ (Maihofer/Schutzbach 2015: 210).

Die Kritik der ‚Antigenderist*innen‘ trifft einen Punkt. Es geht Geschlechterforscher*innen in der Tat um die Erkenntnis der historischen Bedingtheit und Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse. Daher greift es zu kurz, wenn der Ideologievorwurf seitens der Geschlechterforschung einfach zurückgewiesen und den Kritiker*innen, wie bereits erwähnt, wiederum Ideologie vorgeworfen wird (vgl. Lenz 2018). Ähnlich reagiert Butler mit der Feststellung: „The theory of gender performativity is one that seeks to understand gender formation and to give support to the idea of gender expression as a basic right and freedom. It is not an ‚ideology““ (Butler 2017: o.S.). Während Ideologie unkritisch sei, hinterfrage sie, Butler, mit ihrer kritischen Perspektive die Annahmen, die Menschen in ihrem Alltag als selbstverständlich verstehen.

Hier wird deutlich, dass von sehr unterschiedlichen Verständnissen von Ideologie und Wissenschaft ausgegangen wird, ohne dass der Dissens genauer in den Blick genommen wird. Mit Ideologie meint Butler gerade die als selbstverständlich gesetzte positivistische Perspektive, die für ‚Antigenderist*innen‘ Wissenschaftlichkeit ausmacht. Was Butler als nichtideologische kritische Perspektive beschreibt, ist hingegen aus Sicht

der ,Antigenderist*innen' aufgrund ihrer expliziten politischen Situierung und Positionierung Ideologie.

Die Unterschiedlichkeit dieser Perspektiven gilt es, in ihrer jeweiligen Logik genauer aufzuzeigen. Dann könnte deutlich werden, dass auch die positivistische Perspektive und ihre Vorstellung von Rationalität und Objektivität entgegen ihrem Selbstverständnis keineswegs neutral, sondern eine andere politische Sicht auf die Welt ist, die sie ihrer Wahrnehmung entsprechend auch gestaltet. Wenn ,Antigenderist*innen' der Geschlechterforschung vorwerfen, sich zu weigern, „die fortbestehenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern und die damit verbundenen ,Rest-Ungleichheiten' in der Natur zu verorten“, geht es ihnen um die „Reklamierung der bürgerlichen Geschlechterordnung als natürliche, wahre Ordnung“ (Maihofer/Schutzbach 2015: 212).

Diese Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Wissenschaftsperspektiven ist nicht neu, vielmehr konstitutiv mit der Entwicklung der modernen Wissenschaften verbunden. Eine sich kritisch verstehende Wissenschaft war von Beginn an umstritten. Allerdings findet dieser Konflikt derzeit verschärft, sozusagen als aktualisierter „Positivismusstreit“ (Adorno 2003 [1969]: 280), statt. Denn mit den neoliberalen Transformationsprozessen und dem erstarkenden Rechtspopulismus geht auch eine Zunahme von Positivismus und Theoriefeindlichkeit einher (Maihofer/Schutzbach 2015: 210; Braidotti 2014: 10). Dieser konstitutive, sich aktuell verschärfende Konflikt um (kritische) Wissenschaft bleibt unberücksichtigt, wenn von Geschlechterforscher*innen darauf fokussiert wird, dass Wissenschaft von den Angreifenden „in einem unbedarft anmutenden positivistischen Sinn verstanden“ (Hark/Villa 2015b: 20) wird, und stattdessen aufgezeigt wird, inwiefern die Geschlechterforschung sehr wohl wissenschaftlich sei (Lenz 2018). Hier gälte es, diese Differenz genauer zu benennen und das eigene kritische Wissenschaftsverständnis offensiver zu formulieren.

3.3 Auseinandersetzung um Meinungsfreiheit und Diskriminierungsschutz

Ein weiterer grundlegender Dissens betrifft das Verständnis von Meinungsfreiheit und Diskriminierungsschutz. Mit Verweis auf Meinungsfreiheit argumentieren rechte und christliche Personen und Gruppen derzeit u. a. mit dem Begriff der *Political Correctness* gegen Kritik an Rassismus, Sexismus und Homophobie und gegen den Diskriminierungsschutz (u. a. Matuschek 2019; Mörgeli 2017). So kritisiert Alice Weidel „die zunehmende ,Gendersprache' und ,Sprachpolizisten““ und findet, geschlechtergerechte Sprache sei ein „Orwell-Projekt“, das darauf ziele, „über die Manipulation der Sprache auch unser Denken im Sinne der Gender-Ideologie [zu] beeinflussen und [zu] kontrollieren“ (AfD Kompakt 2019: o. S.).

Auch auf das Problem der *Political Correctness* wird vonseiten der Geschlechterforschung eher defensiv reagiert, wenn beispielsweise Butler betont: „Ich war nie für politische Korrektheit“ und darauf verweist, dass dieser Begriff von Konservativen genutzt wird, „um den Feminismus oder die Bürgerrechtsbewegung zu karikieren“ (Tobler/Butler 2017: o. S.). Auch den Vorwurf der „Sprachpolizei“ weist sie zurück. Denn es gehe darum,

„gegen Diskriminierung zu arbeiten. Wie die Polizei verhalten sich hingegen all jene, die zu wissen glauben, was Frauen sind und zu tun haben, dass sie sich etwa nicht in der Politik engagieren sollen. Oder dass Homosexuelle krank sind, dass sich Schwarze nicht über Rassismus beschweren sollen und dass doch alles okay sei. Das ist die Polizei“ (Tobler/Butler 2017: o. S.).

Die Begriffe „Politische Korrektheit“, „Sprachpolizei“, „Orwell-Projekt“ oder „Um-erziehung“ sind – das ist unstrittig – negativ aufgeladen und werden polemisch ein-gebracht, um zu skandalisieren und nicht, um eine produktive Auseinandersetzung in Gang zu setzen. Doch sie treffen auch wichtige Punkte. In der Auseinandersetzung geht es in der Tat um eine gesellschaftliche Überwindung jeglicher Diskriminierung und eine gleichberechtigte Anerkennung einer Vielfalt von Geschlechtern und Sexualitäten – nun auch in der Sprache. So betont Butler zu Recht die Bedeutung der Sprache für das Errei-chen von Anerkennung und dass sie gerade deshalb für soziale Bewegungen so wichtig ist: „Denn wenn es keine Sprache gibt, in der jemand anerkannt wird, dann gibt es für diese Person keine Anerkennung. Daher müssen wir eine neue gemeinsame Sprache entwickeln, die Unterschiede akzeptiert“ – dies hat nichts mit „Reinigung oder Zensur“ zu tun oder damit, „Sprache zu reglementieren“ (Tobler/Butler 2017: o. S.).

Bei der Forderung nach einer nichtdiskriminierenden Sprache geht es derzeit je-doch neben der Umdeutung und Umwertung von Sprache auch um das Verbot bestimm-ter Wörter oder Äußerungen sowie um das Einführen neuer Schreib- und Sprechwei-sen, um die derzeit gesellschaftlich heftig gerungen wird – teilweise auch innerhalb der Bewegungen selbst. Denn gerade weil Sprache für gesellschaftliche Anerkennung wichtig ist, bedürfen die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung von Frau-en*, LGBTIQ und rassifizierten Personen sowie die Akzeptanz vielfältiger familialer, sexueller und geschlechtlicher Existenz- und Lebensweisen neben der Etablierung neu-er hegemonialer Normen auch das Einführen neuer Regeln (z. B. ‚code of conducts‘ in Universitäten), aber auch neuer Verfassungsauslegungen oder -artikel sowie von Ge-setzen, welche über diskriminierendes Handeln hinaus auch diskriminierendes Spre-chen als Handeln, als Diskriminierung verstehen und sanktionieren. In diesem Sinne werden nicht nur sexistische, homo-, oder transphobe oder rassistische Äußerungen als solche tabuisiert, sondern letztlich wird erwartet, dass Personen ihre Äußerungen auch als Diskriminierung begreifen, sie also ein Unrechtsbewusstsein entwickeln und sich deshalb nicht mehr in dieser Weise äußern. Das Eintreten gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie zielt also nicht nur auf das Verbot diskriminierender Handlungen, sondern auch auf diskriminierendes Sprechen und zensiert damit tatsächlich die Freiheit der diskriminierenden Rede.

Das heißt: Worum hier gestritten wird, ist die Frage, ob es im Sinne der Meinungs-freiheit ein Recht zu diskriminieren geben soll. Begriffe wie „Sprachpolizei“ und „Po-litical Correctness“ einfach zurückzuweisen – auch wenn sie polemisch sind –, greift daher zu kurz. Schließlich lösen diese neuen Anforderungen nicht ganz unbegründet bei manchen Verunsicherung, ja Empörung aus. Denn sie zwingen, die eigenen Gefühle, das eigene Denken und Sprechen zu reflektieren. Schutzbach betont daher zu Recht, dass „die Behauptung, ‚politisch Korrekte‘ wollten unsere Freiheit einschränken, auch einen wahren Kern“ hat, da tatsächlich gefordert wird, jene „Freiheiten, die die Frei-heit anderer einschränken und strukturelle Diskriminierung verursachen“, aufzugeben (Schutzbach 2020: o. S.).

Mehr rechtlicher Schutz ist jedoch zentral, um eine Entwicklung hin zu mehr Freiheit aller und insbesondere derzeit marginalisierter Gruppen zu ermöglichen. Wie Martin Luther King betont: „It may be true that morality cannot be legislated, but behavior can be regulated [...] we need legislation to control the external effects of those bad internal attitudes“ (King 1962: o. S.). Neben diesen Rechten braucht es jedoch auch ein Bewusstsein vom Unterschied zwischen Gesetzen, derer es bedarf und für was und in welcher Form, und alltagspraktischen Regelungen, wie neuen Sprachregelungen, und deren Grenzen im alltäglichen Miteinander.

Zugleich sind dogmatische Reglementierungen oder gar Tabuisierungen von Denken und Sprache problematisch, wenn sie den Austausch und die Verständigung eher verhindern als ermöglichen. Um diese Vorsicht geht es Butler, wenn sie betont, dass sie „nie für politische Korrektheit“ (Tobler/Butler 2017: o. S.) war und gegen Trigger-Warnungen ist. Dass hierzu innerhalb queerfeministischer Bewegungen und innerhalb der Geschlechterforschung selbst große Differenzen bestehen, ist bekannt. Das Problem lässt sich jedoch nicht lösen, wenn diese Differenzen, um sich gegen ‚antigenderistische‘ Angriffe zu verteidigen, nicht angesprochen oder möglicherweise gar nicht gesehen werden. Noch weniger wird es auf diese Weise gelingen, insgesamt „eine neue gemeinsame Sprache (zu) entwickeln, die Unterschiede akzeptiert“ (Tobler/Butler 2017: o. S.). Dazu braucht es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, in der dieser Dissens expliziter und offensiver diskutiert wird.

3.4 Auseinandersetzung um das Verständnis von Demokratie

In all diesen Konflikten geht es letztlich immer auch um das Verständnis von Demokratie: Was macht sie aus, wer gehört dazu und auf welche Weise soll Demokratie verfasst sein? Diese Fragen durchziehen gleichsam alle gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Und doch wird in den Reaktionen auf ‚antigenderistische‘ Angriffe dies kaum explizit als Konflikt benannt. Vielmehr wird auch hier vor allem selbstvergewissernd auf Demokratie Bezug genommen: „Demokratie braucht Feminismus“ (Gunda-Werner-Institut 2018), und es wird betont, dass der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung der Geschlechter „und andere Verfassungsaufträge [...] *konstitutive* Elemente unserer Demokratien [sind], denn auf diese Weise versucht eine Gesellschaft zu gewährleisten, dass Menschen sich gleichwertig beteiligen können – was eine Demokratie unter anderem ausmacht“ (Schutzbach 2018: 94; Hervorh. im Original).

Demokratie selbst ist jedoch in den letzten Jahren, wie Alex Demirović betont, zu einem „Hauptfeld der Auseinandersetzung“ (Demirović 2018: 34) geworden. So gehört zwar der Streit um das Verständnis von Demokratie sowie um die Frage, wer das Volk ist und wer mit welchen Rechten zu ihm gehört, konstitutiv zur Demokratie. Gegenwärtig haben wir es allerdings mit „einer reaktionären Umarbeitung des Demokratieverständnisses“ (Demirović 2018: 34) zu tun. Aus rechtskonservativer bis rechtsextremer Sicht ist Demokratie nicht mehr zwangsläufig an positives Recht, Verfassung und Gewaltenteilung gebunden. Vielmehr wird von der direkten Willensbekundung des eng als männlich, national und rassistisch gefassten ‚Volks-Wir‘ (‚Wir sind das Volk!‘) ausgegangen.

Fast alle diese Akteur*innen formulieren auch ‚antigenderistische‘ und antifeministische Angriffe. Diese gehören inzwischen geradezu zum rechtskonservativen bis

rechtsextremen Narrativ. Zugleich durchziehen Diskussionen um Demokratie fast alle antifeministischen Angriffe. So beispielsweise, wenn die Forderungen nach Überwindung sexistischer oder rassistischer Diskriminierung mit Begriffen wie „politische Korrektheit“, „Sprachpolizei“, „Umerziehung“ oder gar „Orwell-Projekt“ als undemokratisches und autoritäres Projekt dargestellt werden, das gegen den Willen der Menschen von einer Elite durchgesetzt wird. Diese Begriffe evozieren nicht nur den Eindruck normativer Rigidität, durch die diese Forderungen desavouiert werden. Sie stellen sie auch in die Tradition gewaltvoller Diktaturen und Szenarien totalitärer Überwachungsstaaten, während Rechte und ‚Antigenderist*innen‘ gegenüber der Geschlechterforschung und dem Feminismus als Wächter der wahren Demokratie erscheinen.

Doch genau besehen wird in dieser Argumentation das tiefsitzende Unverständnis darüber deutlich, dass es hier nicht um Verbote von ‚irgendwelchen‘ Handlungen und Äußerungen geht, sondern um solche, die andere verletzen, erniedrigen und in ihrer Menschenwürde missachten. Offensichtlich wird, dass keine Bereitschaft besteht, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie als Unrecht anzuerkennen, obwohl manches davon bereits jetzt durch Verfassung und positives Gesetz als solches sanktioniert wird.

Wir haben es also mit einem Konflikt zu tun zwischen einem Demokratieverständnis, das nur manche Menschen vor Diskriminierung zu schützen sich verpflichtet fühlt (und wer das ist, kann sich jederzeit auch gegen die richten, die sich jetzt geschützt glauben), und einem Verständnis von Demokratie, das letztlich auf die Überwindung jeglicher Form von Diskriminierung zielt, für das also der Anspruch auf Nichtdiskriminierung und damit der Schutz vor Gewalt sowie die Achtung der Menschenwürde eines jeden Menschen essentiell zur Demokratie gehören. In den Entgegnungen gegen ‚antigenderistische‘ und antifeministische Angriffe ist es unabdingbar, auf diesen grundlegenden Dissens über das Verständnis von Demokratie einzugehen und auf deren emanzipatorische Weiterentwicklung zu insistieren; unabdingbar, um angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen das eigene Verständnis von Demokratie entsprechend den neuen Anforderungen an Demokratie weiterzuentwickeln und neu zu pointieren; unabdingbar aber auch, um der zunehmenden Enteignung und autoritären Umdeutung von Demokratie durch rechte Akteur*innen ein dezidiertes emanzipatorisches Verständnis von Demokratie entgegensetzen.

Spätestens hier wird im Übrigen deutlich, dass es sich bei den Auseinandersetzungen um Geschlechterverhältnisse und Geschlechterforschung bzw. Feminismus um eine Auseinandersetzung handelt, in der inzwischen immer mehr auch ganz grundlegend um die Art der gesellschaftlichen Organisation insgesamt und deren Prinzipien gerungen wird: Sollen demokratische Errungenschaften emanzipatorisch weiterentwickelt und positive Freiheit und Gleichheit aller – in ihrer Verschiedenheit – angestrebt werden, oder werden demokratische Strukturen in einem autoritären Gefüge aufgelöst, wie es sich im gegenwärtigen „autoritären Populismus“ (Demirović 2018: 27) anbahnt? Für emanzipatorische Entwicklungen ist die Einsicht zentral, dass wir es, wie bereits angesprochen, gegenwärtig mit einer komplexen Krisenkonstellation, einer „Vielfachkrise“ (Demirović/Maihofer 2013: 35) zu tun haben, in der die verschiedenen Krisenphänomene in einem intern miteinander verbundenen Zusammenhang stehen. Um die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Krisen zu verstehen und zu bearbeiten, ist es notwendig, eine gesamtge-

sellschaftliche Perspektive einzunehmen, was die Kombination von Wissen über sehr unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche erfordert und letztlich nur in kollektiven und in sich ,multidimensionalen Analysen' (Demirović/Maihofer 2013: 38ff.) zu leisten ist.

4 Schluss – Ringen um Verständigung angesichts wachsender gesellschaftlicher Spaltungen und Polarisierung

Wie herausfordernd der Versuch einer produktiven Verständigung im Kontext der gegenwärtig sich stetig verstärkenden gesellschaftlichen und vor allem auch politischen Polarisierung ist, zeigt eine Bemerkung des AfD-Politikers Björn Höcke. Dieser bezieht sich auf eine Rede des nationalsozialistischen Reichspropagandaleiters Joseph Goebbels, in welcher beschrieben wird, wie Demokratie mit den Mitteln der Demokratie ausgesetzt wurde: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. [...] Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir“ (Goebbels 1935: 71, 73). In der Wortwahl an diese Rede anknüpfend meint Höcke: „Heute lautet die Frage: Schaf oder Wolf. Und ich, nein wir, entscheiden uns in dieser Lage, Wolf zu sein“ (Höcke 2018: o. S.). Aufschlussreich für diese Haltung ist auch Goebbels rückblickende Entgegnung: „Wenn unsere Gegner sagen: *Ja*, wir haben *Euch* doch früher die [...] Freiheit der Meinung zugebilligt –, ja, *Ihr* uns, das ist doch kein Beweis, dass wir das *Euch* auch tun sollen! [...] Dass *Ihr* das *uns* gegeben habt, – das ist ja ein Beweis dafür, wie dumm *Ihr* seid!“ (Goebbels 1971 [1935]: 272; Hervorh. im Original). Demokratische Rechte wie die Meinungsfreiheit werden hier ausdrücklich dazu genutzt, um die demokratischen Rechte, ja die Demokratie selbst auszuhebeln.

Angesichts einer solchen Strategie ist es schwierig, sich vorzustellen, wie Verständigung über die gegenwärtige Polarisierung hinweg überhaupt gelingen kann. Auch ist es eine Frage, ob und wie weit dies von ,unserer Seite' gewollt ist. Manche weisen einen solchen Anspruch, weil aussichtslos, entschieden zurück. In Anbetracht einer Haltung, wie Höcke sie propagiert, ist es auch fraglich, ob Verständigung wirklich ein realistisches Ziel sein kann. Zumal zur Verständigung ein gemeinsam geteilter Wille gehört. Was könnte also das Ziel eines solchen Dialogs sein? Ohne eine definitive Antwort zu haben, möchten wir dafür plädieren, trotz aller Schwierigkeit und möglicherweise auch Vergeblichkeit am emanzipatorischen Anspruch auf Verständigung festzuhalten und unsererseits möglichst zu einem Dialog beizutragen.

Höckes Haltung zeigt, dass bei rechten bis rechtsextremen Akteur*innen weder der Erhalt demokratischer Rechte noch Demokratie selbst, bei aller Aneignung und Umarbeitung des Begriffs, ein zentraler Anspruch politischen Handelns ist – und viele, die ,antigenderistische' und antifeministische Angriffe formulieren, gehören in dieses politische Spektrum.

Allerdings sind nicht alle Akteur*innen gleich. Manche halten sehr wohl deziert am Begriff der Demokratie fest, allerdings oft in widersprüchlich ambivalenter Weise. Unter ihnen finden sich auch solche, mit denen zu sprechen nicht nur mög-

lich, sondern auch klärend ist. Vielleicht nicht in der Erwartung, sich zu einigen, aber doch, um ihre Ansichten und Argumente besser zu kennen und die „Tiefengeschichte“ (Hochschild 2018: 135ff.) genauer zu verstehen, die ihren Ansichten zugrunde liegt. In den vielfachen Erfahrungen von Verletzungen, Ohnmacht und Entfremdung angesichts der Dynamik und Komplexität neoliberaler Transformationsprozesse und den mit ihnen einhergehenden kulturellen Veränderungen, wachsenden Ungleichheiten und gesellschaftlichen Spaltungen könnte hörbar werden, was Adorno meinte, wenn er von den „Narben einer Demokratie [spricht], die ihrem eigenen Begriff eben doch bis heute noch nicht voll gerecht wird“ (Adorno 2019: 17f.). Hinter den Angriffen gegen die Geschlechterforschung und den Feminismus auch Verletzungen zu sehen, als Zeichen der Unzulänglichkeit nicht nur gegenwärtiger Demokratie, sondern überhaupt der Gesellschaftsverhältnisse, könnte Verständigung erleichtern. Oder doch zumindest dazu führen, ‚Antigenderist*innen‘ nicht mehr nur als Gegner*innen wahrzunehmen und zu adressieren und damit die Möglichkeit des Verstehens zu erhöhen. Das heißt, eine solche Einsicht könnte die Chance eröffnen, der Dynamik von Selbstaffirmierung und Veränderung zu entgegen und tatsächlich einen Gestus zu entwickeln, in dem man eben nicht „sich selber blind ins Rechte und das andere ins Unrechte setzt“ (Adorno 1996 [1963]: 251) – und doch zugleich in der Lage ist, die verschiedenen Konflikte, um die es in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geht, offensiv zu benennen, und zwar sowohl, was die eigene Position, als auch die der anderen Seite/n betrifft. In dieser Weise auf die Inhalte der Auseinandersetzung zu fokussieren, erlaubt es möglicherweise sogar, die öffentliche Debatte, wenn auch nicht zu mehr Konsens, so doch hin zu mehr Wissen und zu mehr Verständigung über die Konflikte zu verschieben. Vielleicht bietet dies gar die Chance, dies letztlich für alle problematischen Konsequenzen rechter Politik deutlich zu machen, dass nämlich „diese Politik auch seine eigenen Anhänger unweigerlich ins Unheil führt und dass dieses Unheil sogar von vornherein mitgedacht worden ist“; das ist im Übrigen „das einzige“, was für Adorno „wirklich etwas zu versprechen scheint“ (Adorno 2019: 28).

Derzeit ist unklar, wie diese Auseinandersetzungen sich weiter entwickeln werden. Doch wie „diese Dinge weitergehen und die Verantwortung dafür, wie sie weitergehen, das ist in letzter Instanz an uns“ (Adorno 2019: 55).

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1996 [1963]). *Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen* (Bd. 10: Probleme der Moralphilosophie, 3. Aufl.). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2003 [1969]). Einleitung zum „Positivismusstreit in der deutschen Soziologie“. In Theodor W. Adorno, *Soziologische Schriften I* (4. Aufl., S.280–353). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2019). *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus: Ein Vortrag*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Alternative für Deutschland (2019). *Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019*. Zugriff am 1. April 2020 unter https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf.

- AfD Kompakt (2019). *Die sogenannte „gendergerechte“ Sprache ist ein Orwell-Projekt*. Zugriff am 22. Dezember 2019 unter <https://afdkompakt.de/2019/03/12/die-sogenannte-gendergerechte-sprache-ist-ein-orwell-projekt/>.
- Basellandschaftliche Zeitung (2013). *107 000 Unterschriften gegen Sexkoffer: Initiative zu Stande gekommen*. Zugriff am 18. Dezember 2019 unter www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/107-000-unterschriften-gegen-sexkoffer-initiative-zu-stande-gekommen-127445096.
- Bauer, Gero; Ammicht Quinn, Regina & Hotz-Davies, Ingrid (2018). *Die Naturalisierung des Geschlechts: Zur Beharrlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit*. Bielefeld: transcript.
- Braidotti, Rosi (2014). *Posthumanismus: Leben jenseits des Menschen*. Frankfurt/Main: Campus.
- Butler, Judith (2009). *Die Macht der Geschlechternormen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2017). The Phantom of Gender: Reflections on Freedom and Violence. *Folha de S. Paulo*, 21. November 2017. Zugriff am 3. September 2018 unter www1.folha.uol.com.br/internacional/en/culture/2017/11/1936921-the-phantom-of-gender-reflections-on-freedom-and-violence.shtml.
- Butler, Judith (2019). *Warum sich die Angriffe auf „Gender“ gegen die politische Freiheit richten*. Zugriff am 30. Oktober 2019 unter www.gendercampus.ch/de/blog/post/warum-sich-die-angriffe-auf-gender-gegen-die-politische-freiheit-richten/.
- Demirović, Alex (2018). Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48(190), 27–42. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>
- Demirović, Alex & Maihofer, Andrea (2013). Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In Hildegard Maria Nickel & Andreas Heilmann (Hrsg.), *Krise, Kritik, Allianzen: Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven* (S. 30–48). Weinheim: Beltz Juventa.
- Ebeling, Smilla & Schmitz, Sigrid (Hrsg.). (2006). *Geschlechterforschung und Naturwissenschaften: Einführung in ein komplexes Wechselspiel*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Goebbels, Joseph (1935). Der Angriff vom 30. April 1928. In Hans Schwarz van Berk (Hrsg.), *Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit*. Zugriff am 1. Mai 2020 unter www.archive.org/stream/DerAngriff-AufsaeetzeAusDerKampfzeit/GoebbelsJoseph-DerAngriff-AufsaeetzeAusDerKampfzeit1935345S.ScanFraktur#page/n71.
- Goebbels, Joseph (1971 [1935]). Nr. 29, 4.12.35 – Saarbrücken, „Wartburg“ (Nauwieser Straße) – Eröffnung des Reichssenders Saarbrücken. In Helmut Heiber (Hrsg.), *Goebbels-Reden* (Bd. 1, S. 269–280). Düsseldorf: Droste.
- Gunda-Werner-Institut (2018). *Demokratie braucht Feminismus!* Zugriff am 25. Oktober 2019 unter Gunda-Werner-Institut: www.gwi-boell.de/de/demokratie-braucht-feminismus.
- Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (Hrsg.). (2015a). *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript.
- Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (2015b). „Eine Frage an und für unsere Zeit“. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 15–39). Bielefeld: transcript.
- Hochschild, Arlie Russell (2018). *Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right*. New York, London: The New Press.
- Höcke, Björn (2018). *Kyffhäusertreffen 2018 – Rede von Björn Höcke*. Zugriff am 07. November 2019 unter www.youtube.com/watch?v=kbLkMxEsqk.
- Huonder, Vitus (2013). *Wort des Bischofs VIII. Gender – Die tiefe Unwahrheit einer Theorie*. Wort zum Tag der Menschenrechte 10. Dezember 2013 von Msgr. Dr. Vitus Huonder, Bischof von Chur. Zugriff am 1. Mai 2020 unter <https://gloria.tv/post/xVAERUaJukJG6JLwvQa6JQ3g6>.
- Junge SVP Aargau (2019). *Medienmitteilung zum Plakat „Nein zum Genderwahnsinn“*. Zugriff am 07. November 2019 unter <https://jsvp-aargau.ch/nein-zum-genderwahnsinn/>.

- King, Martin Luther (1962). *An Address by the Reverend Dr. Martin Luther King, Jr.* Cornell College, Mount Vernon, Iowa, 15. Oktober 1962. Zugriff am 20. Dezember 2019 unter <https://news.cornellcollege.edu/dr-martin-luther-kings-visit-to-cornell-college/>.
- Lenz, Ilse (2018). *Gaga!? Die vielfältige Geschlechterforschung und ihre Gegner*. Zugriff am 17. April 2019 unter www.gwi-boell.de/de/2018/03/02/gaga-die-vielfaeltige-geschlechterforschung-und-ihre-gegner.
- Maihofer, Andrea & Schutzbach, Franziska (2015). Vom Antifeminismus zum „Anti-Genderismus“. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 201–217). <https://doi.org/10.14361/9783839431443-012>
- Matuschek, Milosz (2019). Die folgsame Schar der Moralisten. *NZZ*, 29. April 2019. Zugriff am 20. Dezember 2019 unter www.nzz.ch/meinung/der-ungeist-der-politischen-korrektheit-id.1473914.
- Meyer, Axel (2017). Gender-Studies: Die Geschlechterillusion. *NZZ*, 4. April 2017. Zugriff am 20. Januar 2020 unter www.nzz.ch/feuilleton/gender-studies-die-geschlechterillusion-id.155119.
- Midgette, Anne (2016). Donald Trump, Taste and the Cultural Elite. *Washington Post*, 11. November 2016. Zugriff am 16. Januar 2020 unter www.washingtonpost.com/news/style/wp/2016/11/11/donald-trump-taste-and-the-cultural-elite/.
- Mörgeli, Christoph (2017). Universitärer Ungeist. *Weltwoche*, 22. November 2017.
- Schmid, Birgit (2017). Gender Studies: Sie kämpfen am Stehpult. *NZZ*, 17. März 2017. Zugriff am 04. November 2019 unter www.nzz.ch/gesellschaft/gender-lobby-kaempfen-am-stehpult-id.151729.
- Schutzbach, Franziska (2018). *Die Rhetorik der Rechten: Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick*. Zürich: Xanthippe.
- Schutzbach, Franziska (2020). *Wer oder was wird „gecancelt“?* Zugriff am 20. August 2020 unter <https://www.republik.ch/2020/08/14/was-steckt-hinter-der-pranger-kultur>.
- Somm, Markus (2014). *Mann und Frau sind gleich, gleicher, am gleichsten*. Zugriff am 04. November 2019 unter www.bazonline.ch/21436958.
- Stiftung Zukunft CH (2014). *Petition: Kein Gender im Lehrplan 21!* Zugriff am 07. November 2019 unter www.zukunft-ch.ch/petition-kein-gender-im-lehrplan-21/.
- Tobler, Andreas & Butler, Judith (2017). „Ich war nie für politische Korrektheit“. *Tagesspiegel*, 02. November 2017. Zugriff am 01. April 2020 unter <https://www.tagessanzeiger.ch/kultur/man-muss-nicht-mit-den-extremen-rechten-reden/story/17006787>.
- Ulfig, Alexander & Schulze-Eisentraut, Harald (2019). *Gender Studies – Wissenschaft oder Ideologie?* Baden-Baden: Deutscher Wissenschaftsverlag.
- Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (2018). *#4genderstudies*. Zugriff am 08. November 2019 unter www.gender.hu-berlin.de/de/4genderstudies.

Zu den Personen

Anika Thym, Doktorandin in Geschlechterforschung, Universität Basel. Arbeitsschwerpunkte: Gesellschafts- und Geschlechtertheorie, Männlichkeitsforschung, Social Studies on Finance, Care und Reproduktion, Gleichstellung und Diversity.

E-Mail: anika.thym@unibas.ch

Andrea Maihofer, em. Professorin für Geschlechterforschung und ehemalige Leiterin des Zentrums Gender Studies, Universität Basel. Arbeitsschwerpunkte: kritische Gesellschaftstheorie, Geschlechterforschung, kollektives Gedächtnis und Wandel von Unrechtsbewusstsein.

E-Mail: andrea.maihofer@unibas.ch

Matthias Luterbach, Doktorand in Geschlechterforschung, Universität Basel. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechtertheorie, feministische Kritik, Männlichkeitsforschung, Liebe, Sexualität und Intimität, Familie und Arbeitsteilung.

E-Mail: m.luterbach@unibas.ch